Typisch links

ZEITUNG FÜR DENKENDE

Dessau-Roßlau
April 2021
31. Jahrgang

In dieser Ausgabe:

Nicht beim Alarmiert-Sein stehen bleiben
Seite 2

Nicht beim Alarmiert-Sein stehen bleiben
Recherche Dessau-Ziebigk 1945
Dritte Welle brechen
Seite 3-4

Landtagsticker

Zeitbezüge

Seite 5-7

Die Jugend in Dessau-Roßlau
Seite 8

Investition in Bildung
Seite 9

Termine und Glückwünsche
Seite 11

Leseempfehlung
Seite 12

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich mag eigentlich keine Wahlkämpfe und erst recht keine Politiker, die sich erst kurz vor Toresschluss bei ihren Wählern in Erinnerung bringen und alles aufholen wollen, was sie an Bürgernähe vermissen ließen. Das kostet nicht nur Geld, sondern auch Zeit und Nerven. Allein das Geld in einen Jugendclub, einen Spielplatz oder in Arbeitsplätze investiert, wäre immer vernünftiger. Ich bin seit über 25 Jahren vor allem Kommunalpolitiker und nun auch in der Landespolitik tätig, aber vor allem will ich bei den Menschen sein, die mich brauchen. Ich kenne die Probleme, die viele von Ihnen haben. Meine Familie ist von Langzeitarbeitslosigkeit und Hartz IV wahrlich nicht verschont geblieben und hat auch ein schweres menschliches Schicksal zu verkraften.

Als Vater von drei Kindern sind mir die Probleme der Kinderbetreuung, der Schule, wenn sie keine Lehrstelle, oder im Anschluss keinen Arbeitsplatz finden, sehr wohl bekannt. Mein Alltag war/ist auch der Alltag unserer Bürger und ihre Probleme sind auch oft meine Probleme. Ich möchte für die Menschen ein Politiker zum Anfassen zu sein, für den Alltag und nicht nur für Wahltage. Ich bin für Chancengleichheit bei der Kinderbetreuung und bei der Bildung, für eine innovative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, bei der Arbeit menschenwürdig und gerecht bezahlt wird und dass durch die Politik keine Billiglohnkonzepte unterstützt werden. Das rächt sich seit vielen Jahren auch in ungerechter Rente und es wird Zeit für eine gerechte Angleichung der Renten von Ost und West.

Dazu kommt, dass die Entwicklung der Wirtschaft seit der Coronapandemie auf Probleme zusteuert, von denen die Politik nicht ehrlich spricht. Das Ausmaß an Kurzarbeit, das durch die rechtliche Ausdehnung bis März 2022 erhebliche finanzielle und strukturpolitische Herausforderungen stellt, birgt große Gefahren für die Arbeitswelt und die Beschäftigten.

Wer glaubt, dass man dann einfach zur vergangenen „Normalität“ zurückkehrt, wird über die Gefahren getäuscht. Arbeitnehmerrechte sind besonders politisch zu verteidigen und das ist ein zutiefst linkes politisches Anliegen.

Ich bin für bürgernahe Demokratie, die vom Mitmachen lebt. Ich verspreche nichts, außer dass ich mich engagiert einsetze, weil ich keine Lust mehr darauf habe, das mir die Landesregierung, wie auch der Bürgermeister unserer Stadt was von Chancen erzählen, die unsere Stadt Dessau-Roßlau hat. Ich möchte, dass wir diese Chancen nutzen und das zum Nutzen der Bürger unserer Stadt, aber auch der Region, denn Oberzentrum ist man nicht, weil man so im Landesentwicklungsplan genannt wird, sondern weil man sich so benimmt und seiner sozialpolitischen, wie regionalpolitischen Verantwortung entspricht.

Leserbrief

Lieber Johannes Hüthel

Ich hätte ´mal ein paar Fragen an dich, denn ich bin in deiner Vorstellung in der letzten „Typisch“ darüber gestolpert, dass „wir unseren Auftritt in sozialen Medien nicht extremistischen Tendenzen öffnen dürfen“. Was meinst du damit

Rechtsextremistische, islamistische sowie verschwörungserzählerische Ansätze schließen sich wohl ganz sebstverständlich aus, so dass sie

gar keiner Erwähnung bedürfen.

Meinst du also, wir sollten uns nach links abgrenzen?

Abgrenzen von denen, die sich auf der Straße Nazis entgegenstellen oder den radikalen Systemwechsel fordern, weil es keinen „grünen“ Kapitalismus geben kann, aber mit diesem System die ganze Erde den Bach ´runter geht?

Oder sollen wir uns entfernt halten von denen, die sich radikal gegen Rassismus oder Antisemitismus aussprechen oder konsequent `rumgendern?

Andererseits willst du jungen Leuten Gehör verschaffen.

Junge Leute von FFF oder der Antifa sind oft mit ihren Themen Klimawandel stoppen und Naziaufmärsche verhindern auf der Straße. Dort kann man sich wunderbar mit ihnen verbünden, oder?

Antje Tietz, Dessau Nazifrei und Unterstützerin von FFF sowie Mitglied der Linken

Steffen Skwar

Nicht beim Alarmiert-Sein stehen bleiben, sondern beim Handeln

Zur heute veröffentlichten Statistik der politisch motivierten Straftaten erklärt die innenpolitische Sprecherin der Faktion DIE LINKE, Henriette Quade:

Die heute vorgestellten Zahlen bestätigen die Erfahrungen vieler: Die extreme Rechte bedroht auf vielfältige Weise. Sie schürt den Hass im Netz, sie trägt ihn auf die Straße, sie greift Menschen konkret an.

Die Zahlen belegen das, was vielerorts in den vergangenen Monaten auch in Sachsen-Anhalt zu sehen war. Die Bewegung der sogenannten Coronaleugner sind ein wichtiges Mobilisierungsfeld für die extreme Rechte, ihre Akteure vernetzen lokale Initiativen und sie befördern die massive Radikalisierung dieser Szene. Das zeigt sich an einer ungeheuer großen Zahl entsprechender Demonstrationen, es zeigt sich an einer gestiegenen Zahl von politisch motivierten Straftaten mit Tatort Internet, es zeigt sich auch an einer Zunahme rechter Gewalttaten und insbesondere antisemitischer Straftaten.

Mittlerweile sind 70 Prozent aller politisch motivierten Straftaten rechts motiviert. Die Zahl der Gewalttaten ist gestiegen, ebenso gibt es eine deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten. Diese Zahlen gehören zusammen. Der Hass im Netz und auf den Straßen bestätigt rechte Gewalttäter, liefert ihnen Ansporn und Legitimation, befördert Gewalt. Auch deshalb ist die Idee zurückgezogen radikalisierter Einzeltäter grundfalsch.

Die Zahlen dürfen deswegen nicht nur alarmieren - sie müssen umso mehr zu der Frage führen, wie Polizei und Justiz mit diesen Straftaten umgehen, welche Bedürfnisse die Betroffenen haben und wie ihnen entsprochen wird.

Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf. Viel zu oft dauern Verfahren sehr lange. Viel zu oft werden politische Motivationen, insbesondere rassistische und antisemitische, nicht umfassend ausermittelt und juristisch gewürdigt. Viel zu oft werden Verfahren eingestellt, weil beim Tatort Internet kein Verdächtiger ermittelt werden konnte. Viel zu oft müssen Betroffene um Anerkennung als solche kämpfen. Das alles ist seit langem bekannt – ohne dass das Justizministerium einen Weg gezeigt hätte, wie die Arbeit der Staatsanwaltschaften verbessert werden kann, wie sie entsprechend der Anforderungen bedarfsgerecht ausgestattet werden und wie die seit Jahren existierende, aber ungenügend umgesetzte, Richtlinie zum Umgang mit politisch motivierten Straftaten endlich greifen könnte.
Erneut belegt ist auch der dringende Handlungsbedarf im Umgang von Versammlungsbehörden und Polizei im Umgang mit sog. Coronaleugnerdemos. Immer wieder werden hier Auflagen nicht umgesetzt, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen hätte. Immer wieder werden Menschen, die beobachten und dokumentieren, angegriffen. Immer wieder erfahren diese aufs Engste mit der rechten Szene verwobenen Demos und ihre Akteure Ermächtigung durch das Agieren der zuständigen Behörden. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf, den die Landesregierung vernachlässigt und stattdessen höchst bedenkliche Vorschläge zur allgemeinen Einschränkung des Versammlungsrechtes präsentierte. Zudem spielt die Frage der Ausstattung, Qualifizierung und Zahl der eingesetzten Polizeibeamten im Bereich der Internetkriminalität eine noch größere Rolle. Die Erfahrung zeigt, dass die Reviere und Inspektionen ungenügend ausgestattet sind und für diese Aufgaben nicht gut gewappnet.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Das Zurückdrängen der extremen Rechten – gesellschaftlich,

politisch, behördlich - war eine der zentralen Herausforderungen der zu Ende gehenden Legislatur des Landtages. Die bisherigen Maßnahmen bleiben viel zu oft bei wortreichen Erklärungen stehen, ohne die notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen und konkrete Maßnahmen zu veranlassen. Umso mehr steht diese Herausforderung für den neuen Landtag und die neue Legislaturperiode.

Recherche Dessau-Ziebigk 1945

Erinnerung an Erlebnisse der Nachkriegsjahre in Dessau

Nachkriegskinder – erschrocken, aber Hoffnung und mit Elan auf Friedenszeiten

Der von den deutschen Faschisten und den Rüstungskonzernen 1939 entfachte 2. Weltkrieg kehrte 1945 in sein Ursprungsland zurück.
Am 7. März vor 76 Jahren, zwei Monate vor Kriegsende, erlebten die Stadt Dessau und ihre Bürger die schwerste Bombardierung des Zweiten Weltkrieges. In einem Terrorangriff britischer Bomber wurden über 80 % der Innenstadt in Schutt und Asche gelegt. Bei dem Angriff starben 668 Menschen.
Bei den 19 Luftangriffen auf Dessau vom 20. August 1940 bis zum 7. März 1945 starben 1136 Menschen in der Stadt.

Als heutiger Rentner (Geburtsjahr 1947) möchte ich einige wenige Episoden der Nachkriegsjahre in Dessau als damaliges Kind und Schüler kundtun.
Meine Eltern, Berta und Karl Berner und ihre drei Kinder zogen im Sommer 1954 vom kleinen Dorf Sibbesdorf, einem Ortsteil von Osternienburg des Kreise Köthen, nach Dessau-Ziebigk.
Meine Eltern hatten sich bereits 1953 um den Kauf eines dortigen älteren Wohnhauses gekümmert. Derzeit kannten sie bereits größere Teile der schwer zerstörten Stadt.
Der erste Eindruck von den umliegenden Ruinen und anliegenden Straßen unserer neuen Bleibe erschrak zu tiefst meinem Bruder (Geburtsjahr 1942) und mich.
Zahlreiche zerstörte Wohnhäuser, Geschäfte, Gaststätten, Gartenlokale in der Schlageterstraße,
Ruinen in der Schulstraße mit der damaligen Grundschule, Zerstörungen in der Kirchstraße, Saalestraße und weiteren Straßen sowie Beschädigungen der Christuskirche unweit unseres Wohnhauses brachten keine Freude in uns auf (siehe Foto Schulstraße).

(Die heutige Kornhausstraße hieß ab 1899 Friedrichstraße, ab 1934 Schlageterstraße und ab 1950 Kornhausstraße.)
Erst aus späteren Erzählungen meiner Eltern, von Verwandten, Bekannten und vom Schulunterricht erfuhren wir über die Ursachen und die Ergebnisse des verbrecherischen Zweiten Weltkrieges sowie der Zerstörung der vormals schönen Residenzstadt Dessau.
Meine Eltern erblickten aus weiter Ferne vom Kreis Köthen am 7. März 1945 das Flammenmeer und hörten das Dröhnen der Bombenabwürfe auf die Stadt Dessau.
Betroffen erfuhren wir auch von den Eltern, dass der Bruder meiner Mutter mit 22 Jahren in Russland als verschollen galt. Der Bruder meines Vaters verstarb in den Kriegshandlungen der deutschen Wehrmacht in Italien.
Vielerorts begannen nach dem Kriegsende und in den Folgejahren in Dessau die Aufräumarbeiten zu den Kriegsschäden. An der Spitze standen die Trümmerfrauen und auch zahlreiche junge Menschen.
Die Straßenkinder und Schüler der Grundschulen in der Schulstraße und der „Friedensschule“ in der Elballee halfen kräftig mit beim Aufräumen und Steine putzen. Nicht zuletzt nahmen wir Kinder an den Schrottsammel-Aktionen teil.
Vielfach halfen wir auch älteren Bürgern bei der Instandsetzung zerstörter Hausteile und im Gartenbereich. Nicht wenige Familien erwarben Bauland für die Gestaltung eines Schrebergartens in der Ziebigker Umgebung.
Natürlich gab es auch für uns Kinder und Jugendliche die „Räuberromantik“. Wir kletterten waghalsig in den Ruinen der Saalestraße und Kornhausstraße, unterhielten uns dort bei Kerzenschein.
Selbst in der weiteren Umgebung erforschten wir das „Innenleben“ des Mausoleums im Ostteil von Ziebigk.

In all den Kinder - und Jugendjahren stand jedoch der Schulunterricht, die Betätigung im außerschulischen Sportbetrieb bzw. die Mitwirkung in den Arbeitsgemeinschaften im Vor-

dergrund.
Die Teilnahme an interessanten kulturellen Veranstaltungen und Fahrten in die Kinderferienlager der Patenbetriebe belebten unsere Kindheit.

Aus den vielfältigen Erinnerungen meines Lebens springt der feste Wunsch, weiter mit allen friedliebenden Menschen, insbesondere der Jugend, für die Beendigung des Wettrüstens und gegen die Führung von Kriegen in der Welt einzutreten.

Erhardt Berner

Dritte Welle brechen, um Öffnungen zu realisieren – Regierung muss Versprechen endlich einlösen und Vertrauen wieder herstellen!

Eva von Angern, Thomas Lippmann, Stefan Gebhardt

Die Infektionszahlen in der gesamten Bundesrepublik steigen dynamisch. In Sachsen-Anhalt liegen wir nach Thüringen und Sachsen auf Platz 3. Die Infektionszahlen steigen vor allem im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Ganz offensichtlich funktionieren die angekündigten Teststrategien, wenn überhaupt, nur unzureichend. Die noch immer viel zu geringen Impfraten bewirken unter diesen Bedingungen wieder erhöhte Fallzahlen in den Krankenhäusern, insbesondere bei der Belegung der Intensivbetten. Obwohl Privatinitiativen mittlerweile geschafft haben, Test zu organisieren, hat die Landesregierung – obwohl versprochen – bisher bei der Versorgung der Tests versagt.

Spätestens nach ihrer letzten Beratung hat die Runde der Ministerpräsident*innen mit der Bundeskanzlerin gezeigt, dass sie nicht mehr in der Lage ist, die Bekämpfung der Pandemie zu führen. Währenddessen die Bundeskanzlerin auf weitgehende Einschränkung persönlicher Freiheiten bis hin zu nächtlichen Ausgangssperren bei gleichzeitig weitgehend Schonung der Wirtschaft setzt, sind die Ministerpräsident*innen nicht in der Lage, ihre unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen. Dies zwingt uns dazu, in Sachsen-Anhalt jetzt zu handeln. Merkels Strategie landet dabei in einer Sackgasse. Es muss endlich auch darum gehen, alle nicht unmittelbar notwendigen Wirtschaftsbereiche für diesen Zeitraum herunterzufahren statt über nächtliche Ausgangssperren im ländlichen Bereich zu sprechen.

Wir benötigen nach den Osterfeiertagen mehr Luft, um endlich die Voraussetzung für eine Impf- und Teststrategie zu schaffen, die uns danach kontrollierte Öffnung ermöglicht bei gleichzeitiger optimaler Unterstützung von Arbeitnehmer*innen, Selbstständigen und Kleinunternehmer*innen, von Eltern und Kindern, von Beschäftigten im Gesundheitsbereich.
Eva von Angern und Thomas Lippmann, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zusammen mit Stefan Gebhardt, Parlamentarischer Geschäftsführer und Landesvorsitzender, fordern folgende Maßnahmen:

- Der Ministerpräsident muss sich auf der Bundesebene für einen nationalen Rahmenplan einsetzen, der verbindliche Standards für Öffnungsstrategie festsetzt.
- Die Landesregierung muss sofort dafür sorgen, dass die bisher beschlossenen Eindämmungsmaßnahmen einschließlich der ‚Notbremse' konsequent und überall eingehalten sowie kontrolliert werden. Die Osterfeiertage und die nachfolgenden Wochen müssen genutzt werden, um die dritte Welle zu brechen und anschließend in verantwortbarer Weise Öffnungen zu realisieren.
- Die Landesregierung muss die Ostertage nutzen, um endlich ausreichend Tests zu organisieren sowie ein klares Testkonzept zu formulieren. Es müssen überall zweimal in der Woche kostenfreie Testangebote bereitgestellt werden.
- Das Versagen beim Impfen muss beendet werden. Der Impfstoff Sputnik V bietet eine Perspektive. Das Land muss sich 2 Millionen Impfdosen sichern und Druck ausüben, um eine schnellstmögliche Zulassung zu erreichen.
- Um beim Impfen schneller voranzukommen, muss eine verbindliche Impfstrategie für das ganze Land festgelegt werden, nach der der Zeitraum für die erforderliche Zweitimpfung vollständig ausgeschöpft wird, um eine maximale Zahl von Erstimpfungen auch in der Prioritätengruppe 2 zu erreichen.
- Alle betroffenen Unternehmen im Land benötigen Unterstützungen nach dem Vorbild der November-Hilfen und ein Unternehmer*innen-Lohn von 1.200 Euro für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer. Diese Zahlungen aus der Landeskasse sind notwendig, um längerfristige Schäden für die Wirtschaft Sachsen-Anhalts zu verhindern. Für die Umsetzung dieser Programme ist der Ministerpräsident persönlich verantwortlich.
- Es müssen verbindliche Homeoffice-Regeln aufgestellt werden. Au-

ßerdem muss es ein Recht auf Urlaub für Betreuungspersonen von Kindergarten-Kindern und Schüler*innen bis zum 12. Lebensjahr geben, inklusive eines staatlichen Corona-Elterngeldes.

- Die Stimmen der Expert*innen, insbesondere aus der Intensivmedizin, müssen endlich wieder gehört und beachtet werden. Ein Pandemie-Rat für Sachsen-Anhalt muss die Runde der Ministerpräsident*innen ablösen.
- Die nach der geforderten Ruhezeit geplanten Öffnungsstrategien müssen mit den Betroffenengruppen sowie dem Parlament erarbeitet und beschlossen werden.
- Der Landtag von Sachsen-Anhalt und seine Gremien sollen ab sofort für drei Wochen ausschließlich digital tagen. Der Ministerpräsident hat die Pflicht, die kommenden Maßnahmen in der Pandemie mit dem Landtag und seinen Gremien abzustimmen und zu beschließen.

DIE LINKE sieht sich in der Verantwortung, dass alles dafür getan wird, um die dritte Welle zu brechen. Das gemeinsame Handeln aller Demokraten ist der einzige Weg, um die aktuelle politische Vertrauenskrise, die insbesondere die CDU durch Zickzack-Kurs und Bereicherung an der Pandemie hervorgerufen hat, zu bewältigen. Dieser 10-Punkte-Plan muss umgesetzt werden, um das verlorengegangene Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik wiederherzustellen und den Menschen eine realistische Perspektive zu geben.

Landtagsticker

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 11./12.03.2021 (Auszug)

Impfen und Testen als Wege auf der Krise

Die Impf- und Teststrategien auf Bundesebene haben in weiten Teilen versagt. Versprechen wurden wiederholt nicht eingehalten, was mit einem erheblichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung einhergeht. Hinzu kommt, dass sich durch die bisher gescheiterte Impf- und Teststrategie des Bundes das Risiko der Ausbreitung weiterer infektiöserer Virusmutationen erhöht und damit ein kaum noch zu beherrschendes Szenario droht. Durch dieses Versagen wird den Menschen die Perspektive für den Umgang mit der Pandemie und einen Weg aus der Krise genommen. Die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern sagte in der Debatte: „Die Folgen des Lockdowns werden uns noch lange verfolgen - zwischenmenschlich, mental, aber auch wirtschaftlich und finanziell. Jeder Tag ist einer zu viel. Und das absurde ist: Es gibt jetzt einen Impfstoff, mehrere sogar, und es könnte eine Perspektive eröffnet werden und es gibt verschiedene Test-Möglichkeiten. Aber es passiert gefühlt einfach nichts. Wir werden erschlagen von Bürokratie und Bedenkenträgerei und Behäbigkeit. Dass wir so wenig Tote haben in Deutschland ist einzig und alleine der Disziplin der Menschen zu verdanken!“

Nach einem Blick auf die Skandale auf der Bundesebene folgte die Einschätzung dessen, was auf der Landesebene läuft, besser gesagt: nicht läuft.

„Die Realität sieht ernüchternd aus: Mitte Februar (21.2.) sind über 126.000 Impfungen (einschließlich Zweitimpfungen) erfolgt, während noch rund 52.000 Impfdosen auf ihre Verabreichung warteten. Im März nahmen die Impfungen erfreulich zu, aber die Anzahl der nicht verabreichten Impfdosen stieg auf rund 87.000. Wie hoch soll die Halde noch wachsen, Herr Haseloff und Frau Grimm-Benne? Warum geht Sachsen-Anhalt nicht voran und bietet auch unkonventionelle Impfmöglichkeiten an?“, fragte Eva von Angern. Das liege aber eben nicht an den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern in den Impfzentren, denen sie ausdrücklich für ihre engagierte Arbeit dankte. Um das Vertrauen der Menschen wiederzuerlangen und die Pandemie in en Griff zu bekommen seien pragmatische Lösungen notwendig, das Impftempo müsse verdoppelt und weiter verdreifacht werden. Inzwischen hatte der Finanzminister für 2022 massive Kürzungen angekündigt. Darauf reagierte Eva von Angern: „Ein Neustart der Politik kann nicht mit dem Rotstift gemacht werden. Nicht damit, den Mangel noch zu vergrößern.

Wir müssen die Missstände unserer Gesellschaft überwinden. Diese verschwinden nicht mit sinkenden Inzidenzen. Was wir brauchen, ist ein umfassender Neustart der Politik für Sachsen-Anhalt.“

Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt

Unter diesem Titel hatte die Fraktion DIE LINKE vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, der heute zurück in den Landtag zur zweiten Beratung kam. Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange betonte in der Debatte: „Heute kommt ein Thema zurück in den Landtag, welches viele Menschen bewegt: Wie geht es weiter mit der Endlagersuche? Die Kenia-Koalition möchte nach der Beratung im Ausschuss mitteilen: Wir machen mit dem Verfahren weiter. Die Fraktion DIE LINKE bleibt jedoch bei ihrer Skepsis. Die Befürchtung, dass dünn besiedelte Regionen bei der Endlager-Suche in den Fokus rücken, bleibt bei vielen. Geringe Entschädigungsleistungen, weniger Protest – all das können Gründe sein, warum bei gleicher Eignung der Blick auch auf Sachsen-Anhalt fallen kann.

Zumal die Bundesregierung gerade erst wieder den Stromkonzernen 2,7 Milliarden Euro an Entschädigungsleistungen für den Atomausstieg hinterherwirft. Diese Konzerne haben sich von der Endlagerproblematik mit lediglich 24,1 Milliarden Euro freigekauft und sind damit von allen Folgekosten befreit. Das Märchen von der preiswerten Atomenergie kann nur erzählt werden, weil die Kosten den Steuerzahlenden aufgebürdet werden, während die Gewinne in die Taschen der Aktionäre fließen. Selbst das Landesamt für Geolo-

Der Nachbarschaft eine Freude machen! Spende ein Großflächenplakat zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.
https://plakatspende.dielinke-lsa.de

Plakat spenden

Und den Standort selbst bestimmen.

gie und Bergwesen Sachsen-Anhalt hat betont, dass die undifferenziert großflächige Ausweisung der Teilgebiete ungünstig ist. Außerdem haben wir bereits Morsleben als Endlager!

Die Fraktion DIE LINKE sagt klar und deutlich: Wir müssen den Rücken für die Menschen in unserem Bundesland gerade machen! Wir wollen kein weiteres atomares Endlager, wir sind nicht das Atom-Klo der Nation!“ Die Debatte fand nur einen Tag nach dem 10. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe statt.

Klimabilanz in Gesetzeshandeln aufnehmen

Im Dezember 2015 wurde in Paris das Klimaabkommen beschlossen. Fünf Jahre sind seitdem vergangen. Uns wird bewusst, dass es höchste Zeit ist, Klimaschutz auf allen politischen Ebenen zu verankern. Demzufolge ist es für uns dringend erforderlich, auch im Gesetzgebungswesen den Klimaschutz zu verankern, indem die Klimawirkung von Gesetzen geprüft werden müssen. Dazu sagte der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange: „Wir müssen alles daran setzen, die Erderwärmung zu begrenzen.“ „Wir wollen einen fairen, angemessenen und ausreichenden nationalen Beitrag zur Einhaltung des Pariser Abkommens leisten, muss Deutschland bis 2038 klimaneutral sein, bis 2035 100 Prozent Erneuerbare Energien einzusetzen.“ Und weiter: „Wir wären nicht die Linke, wenn wir hier nicht betonen würden, dass Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit Hand in Hand gehen müssen. Das gilt in Deutschland, in Europa und weltweit. Das Schlagwort heißt Klimagerechtigkeit.“

Freiwilliges Soziales Jahr sichern

Die Programme zur Förderung von Freiwilligendiensten in Sachsen-Anhalt sind kleinteilig und den entsprechenden Ressorts zugeordnet. Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, untermauern die positiven Effekte von Freiwilligendiensten für die Gemeinschaft. Die Freiwilligendienste beeinflussen das Gemeinwesen insbesondere in ländlichen Gebieten. Ein Teil der Freiwilligendienste werden aktuell aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Für die nächste ESF+ Förderperiode 2021 bis 2027 gilt eine Mindestschwelle von 4 Prozent der Fördermittel des jeweiligen Programms. Für bestehende Programme kann diese Schwelle nur durch Zusammenfassung der unterschiedlichen Freiwilligendienstprogramme erreicht werden. Hier bedarf es einer intensiven Prüfung unter Einbeziehung der verschiedenen Träger des FSJ. Dazu sagte die jugendpolitische Sprecherin Kristin Heiß: „Wer sich auch nur ein bisschen mit dem freiwilligen sozialen Jahr beschäftigt, weiß, wie wertvoll dieses für junge Menschen ist, wie sehr sie sich in diesem Jahr entwickeln können.“ Es müsse gelingen, das FSJ weiter aus europäischen Mitteln zu finanzieren und es könne doch nicht so schwer sein, die verschiedenen Programme zu einem großen zusammenzuschließen, um die von der EU festgelegte 4-Prozent-Hürde zu nehmen.

Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt endlich angehen!

Mit einer großen Anfrage wollte die Fraktion DIE LINKE wissen, wie die Situation bei der Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt ist. In der Aussprache zu den Antworten der Landesregierung im Landtag kommentierte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern: „Armut und insbesondere Armut von Kindern und Jugendlichen werde ich in unserem reichen Land nicht akzeptieren. Ich werde immer wieder darauf hinweisen, wie in unserem Land sehenden Auges Kindern nicht nur Zukunftschancen genommen, sondern sie im Hier und Jetzt keine glückliche Kindheit erleben dürfen. Es geht dabei nicht nur um Generationengerechtigkeit, sondern darum, wie wir mit den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft umgehen.“

Die Antworten der Landesregierung zeigten, dass sich die Armutszahlen nicht nur verstetigen, sondern es immer schwerer wird, aus der Armut herauszukommen. Dies betreffe insbesondere Kinder und Alleinerziehende. Eva von Angern sagte weiter: „Armut geht einher mit dem Verlust von Würde. Betroffene Kinder und Jugendliche spüren diese Ausgrenzung. Sie wissen, dass sie um ihre Chancen im Leben hart kämpfen müssen. Die bittere Wahrheit ist, dass Menschen, die in Armut aufwachsen, zehn Jahre eher sterben. Das ist das Ergebnis einer Langzeitstudie des Robert-Koch-Instituts.“ Daher forderte sie als Konsequenz: „Wenn wir Kinderarmut und ihre Folgen wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir ein Zusammenwirken von Kommunen, Land und Bund. In Deutschland muss endlich eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. Die Tatsache, dass die Le-

gislaturperiode im Bund ohne Einigung zwischen CDU/ CSU und SPD zu den Kinderrechten enden wird, ist armselig und zeigt den Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft.“ Immerhin hatte der Landtag gemeinsam beschlossen, dass das Taschengeld und Geld aus Ferienjobs nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet werden soll. Die sei ein gutes Zeichen. „Doch die Landesregierung ist weiterhin aufgefordert, regelmäßig einen Kindergipfel zu veranstalten, um Kinder und Jugendliche zu Wort kommen zu lassen und ihre Interessen zu kennen. In Sachsen-Anhalt müssen Kita-Zugänge und gesundes Mittagessen kostenfrei sein. Die Fraktion DIE LINKE wird bei diesem Thema dranbleiben. Wir kämpfen weiter für Mehrheiten im Parlament, beispielsweise für die Einführung einer Kindergrundsicherung und für Kinderrechte im Grundgesetz. Es ist unser Job, alles dafür zu tun, dass jedes Kind die Chance auf eine glückliche Kindheit und sichere Zukunft hat.“

Nachtflugverbot und Moratorium für die Ausbaupläne für den Flughafen Leipzig-Halle

Derzeit läuft für den Flughafen Leipzig-Halle ein Planfeststellungsverfahren, wodurch der Frachtflugverkehr massiv ausgebaut werden soll. Starts und Landungen sollen stark ansteigen, allein nachts um 41 Prozent. Dies hat tiefgreifende gesundheitliche Auswirkungen und Umweltfolgen. Dabei ist wird das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen gegen die Interessen von hunderttausenden Menschen, die insbesondere unter dem Nachtfluglärm leiden, ausgespielt. Dabei wären Kapazitäten für den Frachtverkehr am Tage vorhanden – ohne weiteren Ausbau.

Gleichzeitig stehen die Ausbauplanungen in diametralem Gegensatz zu Bemühungen, Treibhausgase zu reduzieren und den Klimawandel aufzuhalten. Dazu sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Eisenreich: „Der klimaschädliche CO2-Ausstoß des dortigen Flugverkehrs betrug 2018 ca. 6,2 Mio. Tonnen. Er wird durch den Frachtflugausbau auf 10 Mio. Tonnen steigen. Dies entspricht einem Klimaschaden von 1,8 Milliarden Euro. Wer diese Kosten trägt, dürfte wohl allen klar sein – DHL ist das jedenfalls nicht!“ Eine nachhaltige Alternative wäre eine regionale Kreislaufwirtschaft mit standortnahem Gewerbe und verkürzten Lieferketten.

Für die Gesundheit der Anwohner:innen und Mitarbeiter:innen des Flughafens fordern wir ein Nachtflugverbot. Der innerdeutsche und innereuropäische Frachtverkehr muss auf die Schiene verlagert werden. Ein entsprechendes Bahnterminal ist auf dem Flughafen vorhanden, wird aber bisher nicht genutzt. Ebenso ist die militärische Nutzung des Flughafens zu beenden. Zum Abschluss galt der Dank den verschiedenen Initiativen, die sich für ein Nachtflugverbot eingesetzt haben. „Die Anerkennung für ihren Einsatz zum Wohle der Menschen verdient hier Zustimmung zum Ausbaumoratorium.“, schloss sie ihre Rede.

Kerstin Eisenreich (MdL), 12. März 2021

Zeitbezüge

01.04.1921

Die Eisenbahnstrecke Roßlau - Jeber-Bergfrieden wird eröffnet.

01.04.1946

Nachdem 1935 Roßlau in Dessau eingemeindet worden war, wird es nun wieder selbständige Stadt.

05.04.1921

Gründung der Dessauer Arbeiter-Wohlfahrtsgruppe (AWO).

06.04.1896

Eröffnung der ersten Olympischen Spiele der Neuzeit in Athen.

10.04.1896

Geburtstag des Dessauer Heimatforschers Dr. Franz Brückner. Sein Hauptwerk: „Häuserbuch der Stadt Dessau“ (von ihm 1975 begonnen, nach seinem Tode 1982 vom Stadtarchiv bis 1996 fortgeführt).

10.04.1946

In Westberlin wird in Anwesenheit von Kurt Schumacher das Ostbüro der SPD gegründet. Es hat die Aufgabe, die Sozialdemokraten der SBZ von der Vereinigung mit den Kommunisten abzuhalten.

14.04.1871

Der nach Berlin einberufene Reichstag des deutschen Kaiserreiches genehmigt fast einstimmig die Reichsverfassung.

15.04.1921

In den USA beginnt der Prozess gegen Sacco und Vanzetti.

17.04.1521

Entlassung von Thomas Müntzer als Prediger durch den Zwickauer Rat, der einen offenen Ausbruch der schwelenden Unruhe unter der Stadtbevölkerung befürchtet.

17.04.1946

In Halle erscheint die erste Nummer der „Freiheit“.

18.04.1521

Auf dem Reichstag in Worms verweigert Martin Luther den vom Kaiser verlangten Widerruf seiner Lehren.

19./20.04.1946

15. Parteitag der KPD im Deutschen Theater in Berlin und 40. Parteitag der SPD im Theater am Schiffbauerdamm in Berlin. Beide Parteitage fassen Beschlüsse zur Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

19.04.1971

Die SU schickt die erste bemannte Raumstation „Salut 1“ auf die Erdumlaufbahn. Sie wird an das „Sojus“-Raumschiff angedockt. Das Projekt ebnete der späteren Weltraumstation „Mir“ den Weg.

21./22.04.1946

Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED im Admiralspalast in Berlin.

23.04.1946

In Berlin erscheint die erste Ausgabe des „Neuen Deutschland“ (ND).

24.04.1971

Massenproteste in den USA für sofortigen Frieden in Vietnam und den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Indochina. Nach Schätzungen der Antikriegsorganisationen beteiligen sich in Washington bis zu einer Million und in San Francisco 150 000 Menschen.

25.04. – 15.05.1946

Auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) legt Byrnes einen Plan der USA für die Entwaffnung und Besetzung Deutschlands auf 25 Jahre vor. Der sowjetische Außenminister Molotow kontert und fordert die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates, der vollständig entmilitarisiert ist.

Anmerkungen zu den Zeitbezügen

05.04.1896
Beginn der Olympischen Spiele in Athen

Der studierte Philologe und Jurist, Baron Pierre de Coubertin, trat ab 1880, beeindruckt durch die Ausgrabungen im griechischen Olympia, für eine Wiederbelebung der antiken Idee als Beitrag zur Völkerverständigung ein. Der Generalsekretär des französischen Sportverbandes ist dann von 1896 bis 1925 Präsident des Internationalen Olympischen Komitees.

Die ersten Olympischen Sommerspiele der Neuzeit werden am 5.4.1896 eröffnet Die Wettkämpfe beginnen am 6. April. Entgegen dem Willen ihres Initiators, Pierre de Coubertin, finden die elftägigen Wettkämpfe aber nicht 1900 in Paris, sondern eben bereits 1896 in Athen statt - im Ursprungsland der olympischen Idee. Austragungsort war das nach antikem Vorbild gebaute Olympia-Stadion. Ca. 300 Athleten aus 13 Ländern ermittelten 42 Olympia-Sieger. Wie in der Antike nahmen nur Männer teil. Erfolgreichste Nation wurden die USA (elf Siege) vor Griechenland (zehn) und Deutschland (sieben). Bester Sportler war der deutsche Turner Carl Schumann mit 4 Gold- und einer Bronzemedaille.

15.04.1921
Tod trotz Alibi

Am 15. April 1921 begann in den USA der Prozess gegen Nicola Sacco und Bartholomeo Vanzetti. Beide wurden beschuldigt, eine Fabrik überfallen, zwei Wächter ermordet und 15000 Dollar erbeutet zu haben. Trotz stichhaltiger Alibis sprach das Geschworenengericht am 14. Juli 1921 das Todesurteil.

Die Verhandlung fand in einer Atmosphäre wachsender Angst vor der „roten Gefahr“ statt, in die sich ein Teil der Amerikaner nach der Oktoberrevolution hineingesteigert hatte. Die beiden Italiener galten als Anarchisten. Bürgerorganisationen protestierten vergeblich, 1927 wurden beide auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet.

21./22.04.1946
Vereinigungsparteitag

Beethovens Fidelio-Ouvertüre erklingt im Berliner Admiralspalast, in dem 1055 Delegierte Platz genommen haben. Sie vertreten etwa 680 000 Sozialdemokraten und 620 000 Kommunisten in der SBZ. Vor dem Tagungsort, auf der Friedrichstraße, warten Tausende. Mit einem symbolischen Händedruck besiegeln schließlich die beiden Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD) die Vereinigung der beiden Parteien, die die jahrzehntelange Spaltung der Arbeiterbewegung (in der SBZ) beendet. „Wir werden unsere SED“, erklärt Pieck unter starken zustimmenden Beifall, „zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit alle inneren Feinde zu schlagen, um das große Werk zu vollenden, das wir uns als Ziel gesetzt haben: den Sozialismus.

A.K.

Liebe GenossInnen, gerne möchten wir Euch in den nächsten Ausgaben unserer Typisch links, die Artikel für unsere Landtagswahlzeitung vorstellen, denn nicht alle Texte haben es in die Zeitung geschafft.Den Vorstellungstext von Frank Hoffmann (WK26) konntet Ihr ja schon auf der Titelseite lesen.

Die Jugend in Dessau-Roßlau - Eine Minderheit

Ob Kino, CuBar, Kiez und Jugendclub - Dessau hat einiges für die jungen Leute zu bieten und dennoch hört man immer wieder Stimmen, die behaupten, dass genau diese in unserer schönen und alten Stadt untergehen und zu wenig Möglichkeiten

haben, ihre Freizeit zu gestalten.
Was läuft denn schon gut?

Zur Freizeitgestaltung der Jugendlichen und jungen Heranwachsenden sind die Jugendclubs und verschiedene Sportvereine, wie der PSV, sehr wichtig. Im Sommer bieten die vielen Seen, wie zum Beispiel die Adria, tolle Anlaufpunkte, um Zeit mit den Freunden zu verbringen. Möchte man einmal das Nachtleben genießen, stehen CuBar, das Kiez Café und das Stars Diner Chaplin‘s in Dessau Verfügung.

Auf dem ersten Blick sieht man also, dass die Bauhausstadt durchaus einiges zu bieten hat, doch vergleicht man sie mit anderen Städten aus Sachsen-Anhalt wie Halle mit dem JUMP House, Bitterfeld mit dem AKW und Magdeburg mit der Nemo Bade-, Sauna- & Wellnesswelt, so merkt man, dass es hier einfach kein Highlight gibt, welches die Jugend zu uns bringt.

Dessau ist eine moderne Stadt. Eine Zukunftswerkstatt würde gerade hier wunderbar reinpassen - ein Ort, an denen sich junge Menschen kreativ ausleben können, um gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten und neue Ideen zu entwickeln. In Kooperation mit dem Umweltbundesamt, welches ebenfalls in Dessau beheimatet ist, könnte man so tatsächlich etwas, vielleicht sogar auf Landesebene, erreichen.

Für die Schülerinnen und Schüler würde sich ein Stadtschülerrat wie in Halle anbieten. Hier würde man ihnen eine Stimme geben und zeigen, dass sie in unserer willkommen sind - denn genau das ist das Gefühl, welches den meisten fehlt.

Gerade, wenn man beim Thema Schule bleiben möchte, fällt immer wieder auf, dass die Schulen Sachsen-Anhalts moderne Medien voraussetzen. Doch nicht jeder hat zu Hause einen Computer und Drucker. Hier sollte man die Jugend unterstützen, indem man Möglichkeiten schafft, diese öffentlich zu nutzen. Neues Equipment für die Stadtbibliotheken wäre ein guter Anfang und ein schöner Schritt in Richtung Modernisierung.

Wir sind vielen begegnet, die der festen Überzeugung waren, eines Tages aus unserem Bundesland zu ziehen. Warum? Es waren nicht nur Gründe, wie Arbeitsplätze, sondern vor allem solche, dass man hier einfach keine Familie gründen möchte. Zu wenig Spielplätze, zu wenig Angebote für die Kleinen, schlechte Erfahrungen in der eigenen Jugend und kein familienfreundliches Ambiente. Dabei hat Sachsen-Anhalt eine große Vielfalt an Aktivitäten - allerdings verstreut in allen Städten. Durch zu hohe Preise von Bus- und Bahnkarten haben die jungen Leute keine Möglichkeit, diese kennen zu lernen und es zieht sie weit weg in große Metropolen.

Jugendarbeit bedeutet nicht nur Aktivitäten zu schaffen, sondern auch Punkte zu bearbeiten, die die Städte an sich attraktiv zum Leben machen und Möglichkeiten zu bieten, das Bundesland in seiner Vielfalt kennen zu lernen.

Investition in Bildung, die Zukunft unserer Kinder

Alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft haben ein Recht auf bestmögliche Bildung.
Spiegelt sich das im Bildungssystem von Sachsen-Anhalt wider? NEIN!
Fast schon gebetsmühlenartig mahnt DIE LINKE die Missstände in der durch die Bundesregierung zur „Chefsache“ erklärten Bildungspolitik an.
Anträge der LINKEN im Bundestag 2020 weisen auf diese Misere hin, auch mit Bezug auf Aussagen der Kultusministerkonferenz und der Gewerkschaft für Bildung Erziehung und Wissenschaft:
„Mit einem Mangel an schulischen Lehrkräften ist bundesweit mindestens bis zum Jahr 2030 zu rechnen.“

Außer Betracht lassend, „wie viel mehr Lehrkräfte in den kommenden Jahren eigentlich eingestellt werden müssen, um politische Vorhaben wie Inklusion und Ganztagslehre und -betreuung umzusetzen“.

Corona hat diese Schieflage offen zutage gebracht, die vor allem die Schwächeren der Gesellschaft trifft. Die Auswirkungen der Pandemie führen die bereits bestehende Unterversorgung mit Lehrkräften, den Investitionsstau bei Schulsanierungen und die Folgen der seit Jahren verschleppten Digitalisierungsstrategie an Schulen und Hochschulen schon heute deutlich vor Augen.
Wir fordern eine langfristige Auflösung des Investitionsstaus bei Schulsanierungen und bei der Digitalisierung und umfangreiche Reformen.

In Absprache zwischen Bund und Ländern muss ein Programm zur Finanzierung zusätzlicher Lehr-amts-studienplätze für alle Schulformen entwickelt werden.

In der Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte den Schwerpunkte zur digitalen Lehre auszubauen und zu vertiefen, um sie möglichst optimal auf den elektronischen und computergestützten Unterricht vorzubereiten.
In Deutschland besteht ein besonders enger Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft.
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht sich stark dafür, dass alle Kinder frühzeitig gemeinsam mit anderen Kindern aufwachsen, leben und lernen können. Und das unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern.

Wir wollen eine Schule für alle - eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt, sozialer Ungleichheit entgegenwirkt und Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zur Hochschulreife anbietet. Die Gemeinschaftsschule ist nicht Gleichmacherei! Sie gewährleistet individuelles Lernen und altersgerechte Förderung, fördert Stärken und gleicht Nachteile aus.

Für eine gute Betreuung, Bildung und Erziehung brauchen wir dringend mehr gut ausgebildete und qualifizierte ErzieherInnen, Lehre-

rInnen und Schulsozialarbeiterinnen um der heranwachsenden Generationen eine qualitativ hochwertige Allgemeinbildung und humanistische Grundwerte zu vermitteln.
Bildung muss gebührenfrei sein.

Dies gilt von der frühkindlichen Bildung über Schulen und Berufsausbildung bis zum Studium. Bildung ist ein öffentliches Gut, keine Ware. Bildungspolitik ist Ländersache, trotzdem müssen Bund und Länder in der Bildung zusammenarbeiten können. Das sogenannte Kooperationsverbot ist ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren.

Das heißt „Schule“ ist insgesamt und neu zu denken!

Ihre Karin Stöbe

Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Leitantrag zum Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 (Auszug)

Es kommt auf uns alle an. Es kommt auf dich an

Die Bundestagswahl entscheidet darüber, wie unser aller Weg in den nächsten Jahren aussehen wird. Wir treten dafür an, dass deine Sorgen, Wünsche und Träume in diesem Land endlich ernst genommen werden. Wir stehen für eine Politik der Verlässlichkeit und der Ehrlichkeit, aber auch des Mutes – wir wollen verändern.

Wir alle können gemeinsam unser Land demokratischer und sozial gerechter machen. Wir haben es zusammen in der Hand. Unsere Wirtschaft muss sozial gerechter und klimagerechter werden. Unsere Demokratie wird nur dann stärker, wenn alle Menschen an ihr teilhaben können. Unsere Zukunft kann nur dann eine solidarische sein, wenn wir anfangen, sie im Hier und Heute zu gestalten. Darum geht es bei dieser Wahl. Dafür kommt auf eine starke LINKE an. Du hast die Wahl. In unserem Programm zeigen wir, welche Vorschläge wir haben. Wir laden dich ein, mit deiner Stimme an der Veränderung mitzuwirken. Und es ist ein Versprechen an dich: DIE LINKE macht den Unterschied. Wir haben den Mut, die notwendigen Veränderungen zu wagen. Für mehr Gerechtigkeit und eine sichere Zukunft. Für dich.

Wir lassen niemanden zurück

Wir lassen niemanden zurück. Uns geht es um alle Menschen, um ihre Träume und ihr Recht auf ein gutes Leben. Wir wollen Sicherheit und Zukunft für eine Mehrheit im Land, denen angst und bange wird, wenn sie an den Lohn, die Miete, die Stromrechnung oder an das Alter denken. Wir wollen Vertrauen und soziale Sicherheit für alle, die sich seit Langem übersehen, missachtet und verletzt fühlen, weil ihre Sorgen und Nöte zu wenig zählen. Wir bestehen darauf, dass sich die Dinge ändern, weil sie geändert werden können. Wir werden nicht dulden, dass Menschen vergessen werden.

Wir lassen niemanden zurück bei der Überwindung der Corona-Krise. Wir wollen die Gesellschaft und die Demokratie krisensicherer machen. Es geht uns um Gerechtigkeit und Geborgenheit. Menschen brauchen wieder Anerkennung und sozialen Halt. Im Alltag, bei der Arbeit, in der Kommune.

Wir lassen niemanden zurück beim Umsteuern gegen die Klimakatastrophe. Der Klimawandel weist unverändert und beschleunigt darauf hin, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise mit Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen, mit nachhaltiger Erwärmung des Weltklimas, mit unheilbarer Gefährdung der Artenvielfalt und der gesamten Biosphäre verbunden ist, die schon kurzfristig das Leben auf der Erde gefährden können. Wir wollen eine Gesellschaft, die für eine Wende zum Besseren sozial und solidarisch gerüstet ist. Denn Wandel braucht Hoffnung, dass er gelingen kann, dass alle mitmachen können und sich niemand ausgeschlossen fühlt. Veränderung braucht soziale Sicherheit. Veränderung braucht aber auch Vertrauen. Dafür werben wir.

Was uns bewegt

Seit über einem Jahr beherrscht die Corona-Krise unseren Alltag. Die Menschen machen sich Sorgen um ihre Liebsten und deren Gesundheit. Die Pandemie trifft zwar alle, aber sie trifft nicht alle gleichermaßen. Millionen von Menschen arbeiten hart und viel – und bekommen wenig dafür. Das gilt im Besonderen in der Corona-Krise. Von Armut bedrohte Menschen tragen ein höheres Risiko, Einkommen zu verlieren oder krank zu werden. Es geht uns um alle, die unter dieser Jahrhundertkrise durch ein Virus leiden, aber es geht uns auch besonders um all jene, die jetzt alles geben und nur sehr wenig bekommen. Diejenigen, die den Laden zusammenhalten und wenig verdienen, müssen noch mehr arbeiten. Anerkennung muss sich auch auf dem Lohnzettel ausdrücken! Das gilt genauso für Angestellte im Einzelhandel, für Beschäftigte in der Gastronomie, in Kitas und in der Sozialarbeit, für die Reinigungskräfte, für Zusteller*innen. Es geht aber auch um Kunst und Kultur. Es geht um all jene, die sich ihren Traum der Selbstständigkeit zu erfüllen versuchen und Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen. Millionen wurden von dieser Jahrhundertkrise getroffen und sie alle brauchen jetzt ein sicheres Fundament und eine soziale Perspektive für ihre Existenzen und ihre Lebensträume. Wir müssen das ändern.

Der vollständige Entwurf ist unter: https://www.die-linke.de/ veröffentlicht.

Termine April 2021

Zu erwähnende Termine

16.04.2021 135 Geburtstag Ernst Tählmann, Stele in der Gropiusallee, Verantwortlichkeit BO Süd

Herzlichen Glückwunsch

Johannes Ruckdeschel, 02.04.21 85 Jahre
Margarete Koch, 24.04.21 90 Jahre

Allen Genossinnen und Genossen,
die im Juni ihren
Geburtstag begehen,
herzlichen Glückwunsch!

DIE LINKE.
Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Stadtverband Dessau-Roßlau
Karlstraße 4
Telefon 0340-2167458
e-mail: info@dielinke-dessau-rosslau.de
Internet: www.dielinke-dessau-rosslau.de

Sprechzeiten
Dienstags 9.00 bis 14.00 Uhr
Freitags: 9.00 bis 12.00
Ansprechpartner Vorstand
0340 2508570
Ansprechpartnerin für die Region Anhalt
Stine Rummel-Strebelow
nach Vereinbarung
(015 77) 589 50 59

Spendenkonto
IBAN: DE83800535720039005640
BIC: NOLADE21DES
Stadtsparkasse Dessau
Fraktion der Partei DIE LINKE. im
Stadtrat Dessau-Rosslau
Alte Mildenseer Straße 17
Tel/Fax: (03 40) 220 32 60
E-Mail: fraktiondl@datel-dessau.de

Herausgeber:
Stadtverband DIE LINKE. Dessau-Roßlau

Redaktion:
Th. Bergfeld, K.-D. Hildebrandt
ViSdP: F. Hoffmann

Post an dieRedaktion:
typisch@dielinke-dessau-rosslau.de

Für den Inhalt, die Rechtschreibung und die Grammatik der Artikel sind die Autoren verantwortlich.
Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht.
Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Preis: Spende

Herausgeber: Christian Baron, Maria Barankow

Klasse und Kampf – Geschichten aus der deutschen Unterschicht

Was bedeutet es, in einem reichen Land in Armut aufzuwachsen? Zur „Unterschicht“ zu gehören und dafür ausgelacht und ausgegrenzt zu werden? Sich von seinem Herkunftsmilieu zu entfernen, aber die eigenen Wurzeln nicht verraten zu wollen? Und dennoch im neuen Milieu nie wirklich anzukommen?

Deutschland gibt sich gerne als ein Land, in dem Klasse unsichtbar ist. In dem die Chancen auf Bildung und Wohlstand für alle gleich sind. Klasse und Kampf räumt mit diesem Mythos auf. 14 Autor*innen schreiben in persönlichen Essays über Herkunft und Scham, über Privilegien und strukturelle Diskriminierung, über den Aufstieg und das Unwohlsein im neuen Milieu. Zusammen ergeben ihre Stimmen ein vielschichtiges Manifest von großer politischer Kraft.

Mit Beiträgen von Christian Baron, Martin Becker, Bov Bjerg, Arno Frank, Lucy Fricke, Kübra Gümüsay, Schorsch Kamerun, Pinar Karabulut, Clemens Meyer, Katja Oskamp, Sharon Dodua Otoo, Francis Seeck, Anke Stelling, Olivia Wenzel.

Porträt

Baron wuchs mit drei Geschwistern in einfachen Verhältnissen in Kaiserslautern auf. Sein Vater arbeitete als Möbelpacker und fiel in Barons Darstellung in den Bereich der Erwerbsarmut. Christian Barons Tante ermutigte ihn, als Sportreporter für die Zeitung Rheinpfalz zu schreiben. Baron studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik in Trier. Er trat in die SPD ein und engagierte sich bei den Jusos, wurde jedoch von Gerhard Schröders Agenda-Politik enttäuscht.[1] Von 2014 bis 2018 war er Redakteur beim Neuen Deutschland, wo er im Feuilleton verantwortlich fürs Theater war, aktuell ist er Politikredakteur der Wochenzeitung Der Freitag. Baron ist verheiratet und lebt in Berlin.

2012 erschien seine mit Britta Steinwachs verfasste Studie Faul, frech, dreist. Die Diskrimierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen. 2016 schrieb er das autobiographisch motivierte Sachbuch Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten, dem 2020 mit Ein Mann seiner Klasse eine autobiographischer Roman folgte.

Quelle: Wikipedia®

Pressestimmen

„216 Seiten, die so dicht sind, dass dieses Buch beim Lesen zu vibrieren scheint, weil immer wieder jähe Kurzschlüsse zwischen den Texten entstehen“

Süddeutsche Zeitung, 29.03.2021

„... zum Glück [erscheint] die Anthologie „Klasse und Kampf“. Da sind geniale, gut geschriebene, verzweifelte, empörte, aufwiegelnde Texte drin.“

Der Spiegel, Volker Weidermann, 30.03.2021

„Ein wahrer Glücksfall!“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Julia Encke, 19.03.2021

Erzählendes Sachbuch
Claassen
Hardcover
224 Seiten
ISBN: 9783546100250